

Interview mit Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der Linken

1. Sind Sie Gewerkschaftsmitglied?

Ja, wieder.

2. In welcher?

Ich bin ver.di-Mitglied.

3. Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit Ihrer Partei mit der IG Metall?

Recht gut, was nicht zuletzt mit zahlreichen politischen Akteuren zu tun hat, die sich – von der Basis bis in die Spitzen – sowohl in der Gewerkschaft als auch in der Partei engagieren. Erst Ende Oktober trafen sich unser Geschäftsführender Parteivorstand und der Geschäftsführende Vorstand der IG Metall. Es war ein gutes Gespräch und wir waren uns einig, dass es solche Termine künftig öfter geben soll. Wir wollen miteinander reden, nicht über die Medien. Berthold Huber hat deutlich gemacht, dass die IG Metall mit der Linken wie mit allen demokratischen Parteien da zusammenarbeiten wird, wo es politische Schnittmengen gibt. Und davon gibt es nicht wenige.

4. Wo sind die Gemeinsamkeiten, wo die Unterschiede?

Es gibt eine ganze Reihe übereinstimmender Zielstellungen, vor allem in der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. Von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern hören wir zum Beispiel auf Gewerkschaftstagen immer öfter, dass kaum eine Partei in diesem Land so viele inhaltliche Übereinstimmungen mit den Gewerkschaften hat wie Die Linke. Dazu gehören unter anderem der Kampf gegen prekäre Beschäftigung, gegen die Rente ab 67 oder für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Die PDS, die später mit der WASG zusammen Die Linke konstituierte, hat 2002 den ersten Antrag im Bundestag für einen gesetzlichen Mindestlohn eingebracht. Nach längeren Diskussionen treten die IG Metall und andere Gewerkschaften seit geraumer Zeit ebenfalls für einen gesetzlichen Mindestlohn ein.

Unsere Bundestagsfraktion wird bald eine Mitbestimmungsinitiative starten. Hier sind wir auch in der Diskussion mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Die IG Metall will ja das Thema Demokratie und Mitbestimmung zum Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung im nächsten Jahr machen.

Unterschiede ergeben sich in erster Linie aus dem wesentlich breiteren politischen Ansatz, den wir als Partei haben. Aus unserer Sicht wäre es gut, wenn sich die Gewerkschaften noch konsequenter für soziale Gerechtigkeit in der gesamten Gesellschaft einsetzen, also beispielsweise auch für Rechte und Perspektiven Erwerbsloser.

5. *Manche Metaller haben den Eindruck, dass sich Die Linke bei den Gewerkschaften anbiedert. Zu Recht?*

Eine gewisse Spannung zwischen Nähe und Distanz ist latent, und das ist gut so. Wir haben in der Vergangenheit gelegentlich die „privilegierte Partnerschaft“ von Gewerkschaften und SPD kritisiert. Die Linke strebt keine privilegierte Partnerschaft an. Insofern kann von Anbiederung nicht die Rede sein. Für uns ist die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften eine wichtige Grundposition. Natürlich wollen auch wir den Rücken frei haben für gelegentliche Kritik an den Gewerkschaften. Im Land Berlin, in dem wir mit im Senat sitzen, ist sehr anschaulich zu erleben, dass wir oft mit den Gewerkschaften an einem Strang ziehen, mitunter aber auch über Kreuz liegen. Das ist in meinen Augen eine ganz normale Sache.

6. *Fühlen Sie sich von den Gewerkschaften ausgegrenzt?*

Nein – im Gegenteil, seit Gründung der Partei Die Linke wurden die Kontakte zu den Gewerkschaften nicht nur quantitativ ausgebaut, sondern sie haben sich auch inhaltlich entwickelt.

7. *Wie schätzen Sie das Ergebnis der Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie ein?*

Die Linke stand und steht in diesen Auseinandersetzungen solidarisch an der Seite der IG Metall. Für gute Arbeit muss es auch gute Löhne geben. Gerade in der Metall- und Elektroindustrie wurden in den letzten Jahren gute Umsätze und beträchtliche Gewinne erzielt. Kein Grund also zur Lohnzurückhaltung. Entgelterhöhungen sind unserer Meinung nach eine der wichtigsten Bedingungen für die Ankurbelung der Binnenkonjunktur und damit ein wesentliches Element, um den Krisenprozessen entgegen zu steuern.

Jetzt liegt ein Ergebnis vor, das ohne die massiven Warnstreiks wohl nicht möglich gewesen wäre. Es ist kein Grund für Euphorie gegeben, aber die IG Metall hat Kampfbereitschaft gezeigt und deutlich gemacht, dass es ohne sie keine Verbesserung der sozialen Situation geben wird.

8. *Viele Menschen verwechseln Die Linke mit der PDS. Hat sich Die Linke mit ihrer Vergangenheit ausreichend auseinandergesetzt?*

Ich bin nicht sicher, ob der Eindruck richtig ist, dass wir weiter mit der PDS verwechselt werden. Meines Erachtens stimmt eher das Gegenteil. Die Wahlerfolge der Jahre 2007 und 2008 in den westdeutschen Bundesländern konnten wir nur erreichen, weil wir als neue Linke und eben nicht als PDS wahrgenommen wurden. Wir erneuern uns inhaltlich und personell. Mittlerweile sind wir über 76.000 Mitglieder. Allein in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres gewann Die Linke mehr als 5.200 neue Mitglieder hinzu, darunter sind viele Menschen, die bisher keiner politischen Organisation oder Partei angehört haben. Insofern haben wir es in Deutschland mit einer neuen, sich entwickelnden linken Partei zu tun.

Die PDS hat sich sehr intensiv mit ihrer Vergangenheit auseinandergesetzt. Unsere Herkunft aus der DDR und aus der SED konnten wir nicht verschweigen und wir wollten das auch gar nicht. Was heute kaum bekannt ist und viele unserer politischen Konkurrenten

schlicht ignorieren, ist die Tatsache, dass der Übergang von der SED zur PDS verbunden war mit einer Entschuldigung gegenüber dem Volk der DDR für Fehler, Missstände und auch Verbrechen, die „im Namen des Sozialismus“ gemacht beziehungsweise begangen wurden. CDU und FDP hingegen haben Mitglieder, Gelder und Sachwerte ehemaliger DDR-Parteien rasch und ohne Skrupel übernommen, ohne sich der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Fragen der Verantwortung aller Parteien in der DDR je gestellt zu haben. Bei aller Achtung der Zivilcourage Einzelner gehört es doch ins Reich der Legenden, dass etwa die Mitglieder der CDU in der DDR mehrheitlich ausgemachte Regimegegner und Widerständler gewesen seien.

Der endgültige Bruch mit dem Stalinismus als System gehörte zum Gründungskonsens der PDS und in vielen, oft leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen entwickelte sich die PDS – was in ihrem Chemnitz Parteiprogramm von 2003 deutlich zum Ausdruck kommt – zu einer modernen sozialistischen Partei. Die PDS hat z.B. aus ihrer Geschichte gelernt, dass Geheimdienste ein gefährliches Eigenleben führen und nicht demokratisch kontrollierbar sind. Sie haben der sozialistischen Idee immer geschadet und niemals genutzt. Deshalb sollten sie beschränkt und strikter öffentlicher Kontrolle unterzogen, letztendlich aufgelöst werden.

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit ist ein andauernder Prozess. In der Linken wird diese Auseinandersetzung schon deshalb fortgeführt, weil in der neuen Partei geschichtliche Erfahrungen aus Ost und West zusammenkommen. Das wird für 2009 von besonderer Bedeutung sein. Die Mitglieder unserer westdeutschen Verbände werden sich intensiver mit der DDR-Geschichte und die Mitglieder der ostdeutschen Verbände stärker mit der Geschichte der „alten“ Bundesrepublik und des Wirkens linker Bewegungen beschäftigen müssen. Als gesamtdeutsche Partei wollen wir uns der gesamtdeutschen Vergangenheit stellen. Natürlich bleiben unser Geschichtsbild und unser Traditionsverständnis nicht auf Deutschland begrenzt, das will ich wenigstens noch anmerken!

9. Für was für ein Sozialstaatssystem steht Die Linke? Sozialismus?

Wir wollen eine Erneuerung des solidarischen Sozialstaats – nicht mit nostalgischem Rückblick auf die 1960/1970er Jahre, sondern entsprechend den Veränderungen und Entwicklungen in der Welt von heute. Aufgabe linker Politik bei der Schaffung eines modernen Sozialstaates ist der dauerhafte Schutz der Menschen gegenüber großen Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut. Dazu gehört auch die gesellschaftliche Verantwortung für Gesundheit, für Wasser- und Energieversorgung, für die Abfallentsorgung, für die Entwicklung der Städte und des ländlichen Raums, für ausreichend kostengünstigen Wohnraum, für öffentlichen Nah- und Fernverkehr, für allgemein zugängliche kostenfreie Bildung, für ein würdevolles Leben im Alter sowie für die Entfaltung von Kultur und Wissenschaft.

Es gilt, den Vorrang der Politik auch in der Wirtschaft herzustellen. In diesem Sinne diskutieren wir darüber, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge erweitert und sowohl sozial als auch effizient gestaltet werden kann.

Unsere Politik zielt auf ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik gegen deren Unterordnung unter vermeintliche Marktzwänge. Wir sehen in einem gewinnorientierten unternehmerischen Handeln durchaus eine wichtige Bedingung für Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Aber dieses Streben und der Wettbewerb führen zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, zu zunehmender sozialer Ungleichheit und Spaltung, wenn sie nicht gesellschaftlichen Regeln und gesellschaftlicher Kontrolle unterworfen werden. Deshalb strebt Die Linke eine neue sozial-ökologische Rahmensetzung für die Marktmechanismen an. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche

Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung wird privates Unternehmerinteresse immer wieder zu volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch verlustreichen Fehlentwicklungen führen.

Wir setzen uns für eine Erneuerung des Sozialstaats und der öffentlichen Dienstleistungen ein. Zur Verwirklichung dieser Aufgaben treten wir für die Überwindung der Hartz-Gesetze, die Demokratisierung sozialer Sicherungssysteme, eine stärkere Orientierung am Individualprinzip im Steuer- und Sozialrecht, die Einführung einer bedarfsorientierten, repressionsfreien sozialen Grundsicherung, für eine neue Rentenpolitik, für eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, einen Umbau des Gesundheitswesens, für den Erhalt der öffentlichen kommunalen Daseinsvorsorge und die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung ein.

In der Linken sind die Ideen des demokratischen Sozialismus nach wie vor zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung politischer Ziele. Wenn wir uns zum demokratischen Sozialismus bekennen, folgt oft der Verweis auf den gescheiterten Sozialismusversuch in Ostdeutschland und Osteuropa. Ich sage, das waren legitime Versuche, die letztlich aber in stalinistische Praktiken und Systeme führten. Einen solchen Staatssozialismus wollen wir nicht wieder haben!

Demokratischen Sozialismus verstehen wir als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere grundlegenden Wertorientierungen. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. In unserem Verständnis bedingen Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus einander. Ziel des demokratischen Sozialismus ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit jeder und jedes Einzelnen die Bedingung für die eigene Freiheit ist. Dazu machen wir uns hier und heute auf den Weg, gegen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gegen patriarchale und rassistische Unterdrückung.

10. Was für Themen stehen dort, wo Die Linke in Regierungsverantwortung ist, ganz oben auf der Agenda?

Die Linke ist im Bund nicht in Regierungsverantwortung und wird höchstwahrscheinlich auch 2009 nicht in Regierungsverantwortung kommen. Die politische Konkurrenz vermittelt oft den Eindruck, das sei allein deshalb so, weil sie es nicht will. Ich sage ganz klar: Mit ihrer auf Bundesebene praktizierten Politik ist zum Beispiel die SPD für uns nicht koalitionsfähig.

Gemeinsam mit der SPD regiert Die Linke gegenwärtig im Land Berlin. Acht Jahre haben wir erfolgreich in meinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern regiert. Als grundlegende Themen stehen dabei auf unserer Agenda: Landesunternehmen sollen nicht privatisiert sondern müssen saniert werden; die Einführung der Gemeinschaftsschule sorgt für mehr Chancengleichheit; Menschen, die lange arbeitslos waren, kann durch die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors wieder ein persönliche Perspektive eröffnet werden.

Viele positive Ergebnisse konnten in Berlin wesentlich durch die Beteiligung der Linken an der Regierung erreicht werden. Exemplarisch seien genannt: die Bewältigung der Krise der Bankgesellschaft Berlin; die Sicherung öffentlicher Unternehmen wie Verkehrsbetriebe, Stadtreinigung, Krankenhäuser, Wohnungsgesellschaften; der Start erster Gemeinschaftsschulen; die Schaffung von mehr als 2.500 Stellen in öffentlich geförderter Beschäftigung; keine Studiengebühren; ein beitragsfreier Kita-Besuch für alle Kinder im letzten Jahr vor Schulbeginn und umfangreiche Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Berlin

ist Spitzenreiter für mehr direkte Demokratie und öffentliche Aufträge werden nur auf dem Niveau von Mindestlohn vergeben.

11. Was macht die Partei Die Linke anders als andere Parteien, wenn sie in Regierungsverantwortung ist?

Die Linke hat zum Beispiel keine Lobby der Monopole und des Finanzkapitals zu bedienen und konzentriert sich in ihrer Politik voll und ganz auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Ergänzen will ich, dass die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Verständnis dazu zählen. Öffentliche Investitionen könnten insbesondere im Handwerksbereich, bei kleinen und mittelständischen Formen den Verlust weiterer Arbeitsplätze verhindern. In den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind auf wesentliche Initiative unserer Partei hin nachhaltige Modelle öffentlich geförderter Beschäftigung entwickelt und umgesetzt worden.

Die Linke setzt sich konsequent für den Ausbau direkter Demokratie ein – wohl wissend, dass auch dies auf Grund von unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen Interessenlagen mit Problemen und Konflikten verbunden ist. Bürgerkommune und Bürgerhaushalt nehmen bei uns einen hohen Stellenwert ein. In Berlin-Lichtenberg, in dem eine Bürgermeisterin der Linken amtiert, gibt es seit einigen Jahren einen Bürgerhaushalt. Die Lichtenbergerinnen und Lichtenberger entscheiden in Bürgerversammlungen selbst über die Verwendung ihrer Steuermittel. Sie können öffentlich darüber nachdenken, was sie mit ihren Steuergeldern anfangen wollen, wie sie in ihrem Bezirk mit 260.000 Einwohnern leben wollen. Der Bürgerhaushalt läuft so gut, dass die Bürgermeisterin in manchen Monaten mehr im Ausland als in ihrer Stadt sein könnte. Selbst die Weltbank hatte sie eingeladen, um den Lichtenberger Bürgerhaushalt vorzustellen. Menschen sollen nicht nur gefragt werden, sondern mitentscheiden und so die Chance haben, ihr Leben zu verändern. Darum geht es.

12. Ist sie die geborene Oppositionspartei?

Menschen, die Die Linke wählen, wollen, dass sich in der Politik und damit in ihren Lebensbedingungen etwas zum Besseren verändert. Durch ihr Wirken die Gesellschaft gerechter, sozialer und friedlicher machen – das sind Maßstäbe der Politik der Linken. Ob wir unsere Ziele in der Opposition oder in der Regierung erreichen, ist dabei zweitrangig. Die Linke muss sich in Opposition und Regierung bewähren. Sie muss verstehen, wie Verwaltungen funktionieren oder auch nicht funktionieren. Dieses Wissen kann auch in der Opposition gute Dienste leisten. Die Linke will Demokratie und Gesellschaftsentwicklung hier und heute mitgestalten. Sie will sich nicht neben oder gar über diese Prozesse stellen, sondern mitten hinein.

13. Unterscheidet sich die Partei in Ost- und Westdeutschland?

Die Linke hat in allen Bundesländern Landesverbände. Im Osten ist sie die mitgliederstärkste Partei und Volkspartei. Sie ist in allen ostdeutschen Landesparlamenten vertreten, in vier Ländern zweitstärkste Partei. Darüber hinaus wurde Die Linke in die Landtage von Bremen, Niedersachsen, Hessen und Hamburg gewählt und hat Einzelabgeordnete in Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Im Bundestag sind wir die viertstärkste Fraktion, im Europäischen Parlament sitzen sieben Abgeordnete von uns.

Der Prozess der Identitätsfindung und der Herausbildung einer Linkspartei wird noch eine längere Zeit geprägt sein durch die unterschiedlichen Erfahrungen und kulturellen und sozialen Prägungen der Mitglieder in Ost und West. Die Linke hat in Ostdeutschland etwa

50.000 und in Westdeutschland etwa 25.000 Mitglieder. Im Osten verfügen wir über gefestigte Organisationsstrukturen, eine erfahrene Mitgliedschaft, stabile Netzwerke und große Bürgernähe durch ein breites Engagement in den Kommunen. Ein Problem ist hier der sehr hohe Altersdurchschnitt der Mitgliedschaft.

In Westdeutschland ist eine einheitlich handelnde Parteimitgliedschaft erst im Entstehen. Die Organisationsstrukturen festigen sich. Viele neue Mitglieder, die vorher nie organisiert waren, kommen in die Partei. In den Parlamenten sind wir noch unerfahren und vollziehen wichtige Lernprozesse. Kurzum: Hier hält vielfach unsere reale Parteientwicklung noch nicht Schritt mit dem inzwischen real erreichten politischen Einfluss. Das darf so auf Dauer nicht sein, deshalb investieren wir viel personelle und materielle Kraft in den weiteren Aufbau der Partei in den westdeutschen Ländern.

14. Was will DIE LINKE gegen die Finanzkrise - und für eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung tun?

Wir haben wenig Möglichkeiten, gegen die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise, die eine Gesellschaftskrise ist, etwas zu bewirken. Unser wichtigster gegenwärtiger Beitrag muss meines Erachtens darin bestehen, Interessenvertreterin der kleinen Leute sein.

Gegenwärtig wird die Politik von den Finanzmärkten beherrscht. Das muss sich ändern: Die Politik muss vor allem die Märkte kontrollieren und entsprechende Rahmenbedingungen für den Wettbewerb schaffen. Nur eine grundlegende Neuordnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik kann Vertrauen herstellen.

Wir wollen, dass der Staat verstärkt eingreift. Unsere Forderungen zur Eindämmung der Finanzkrise sind unter anderem: Ausreichende und zinsgünstige Kreditversorgung, Garantie der Bankeinlagen in unbeschränkter Höhe, Einrichtung eines von den privaten Finanzinstituten gespeisten Sicherungsfonds. Wir wollen die Beseitigung besonders destabilisierender Praktiken und fordern eine drastische Reduzierung und wo nötig das Verbot von besonders riskanten Finanzinstrumenten, die energische Eindämmung von Hedgefonds, das Verbot von Aktienoptionen für Manager, Mindesthaltefristen für Aktienbeteiligungen des Managements und eine verschärfte Haftung von Managern. Als wichtige Schritte zur mittelfristigen Reform des Finanzsystems sehen wir unter anderem eine weitgehende Beschränkung von Banken auf das Einlagen- und Kreditgeschäft, strenge Kontrolle des Investmentbankings, keine spekulativen Geschäfte mit Devisen, verschärfte Beschränkungen für kapitalgedeckte Altersvorsorge, Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, Kontrolle von privaten und Aufbau von öffentlichen Rating-Agenturen, Zulassungspflicht für bestehende und neu entwickelte Finanzprodukte durch einen Finanz-TÜV, Transaktionssteuern auf den Handel mit Wertpapieren und Devisen und die Schließung von Steueroasen. Ich fürchte, wenn bereits jetzt wieder diskutiert wird, 2012 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt erreichen zu können, muss man bezweifeln, dass ernsthafte Maßnahmen zur Konjunkturstabilität in Angriff genommen werden.

Mittel- und längerfristig geht es um tragfähige Gesellschaftskonzepte, die den Menschen ein Leben in Würde und in Frieden möglich machen. Daran müssen auch wir mitwirken, nicht in einem avantgardistischen Sinne, sondern indem wir Menschen ermuntern, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

15. Warum ist Die Linke eigentlich gegen die EU-Verfassung?

Die Linke ist nicht gegen die EU und auch nicht gegen eine EU-Verfassung. Sie will aber, dass diese Verfassung sozial, ökologisch und auf Frieden orientiert ist. Dem entspricht der Lissabon-Vertrag nicht. Wir schätzen die dort enthaltenen Fortschritte bezüglich

Demokratisierung und mehr Rechten für das EU-Parlament, lehnen aber die neoliberalen und unsozialen Festlegungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ab und wenden uns vor allem gegen eine Militarisierung der EU.

16. Was will Die Linke gegen Rechts unternehmen - und wie schätzen Sie den Rechtsradikalismus in Deutschland ein?

Der Rechtsextremismus ist zu einer ernststen Gefahr für die Demokratie in der Bundesrepublik geworden. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres gab es bundesweit über 800 antisemitische und über 14.000 rechtsextremistische Straftaten. Im statistischen Schnitt wird in der Bundesrepublik Woche für Woche ein jüdischer Friedhof geschändet. Das ist der erschreckende aktuelle Befund.

Die Partei Die Linke steht in einem grundsätzlichen und unversöhnlichen Gegensatz zu Rechtsextremismus und Neofaschismus. Sie führt einen entschiedenen Kampf gegen alle Quellen und Erscheinungsformen von Antisemitismus, Rassenhass, Rechtsextremismus und Menschenverachtung und beteiligt sich an vielfältigen Aktivitäten demokratischer Kräfte vielerorts in Deutschland.

Die Linke steht für die Achtung der Menschenwürde und für die freie Entwicklung der Individualität der Menschen und setzt sich für die Schaffung entsprechender gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Sie ist für ein Mehr an Freiheit, Demokratie, Solidarität und Frieden für jede und jeden Einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes.

17. Was sind die Lehren aus Hessen?

Antikommunistische Sprüche und Vorbehalte sind überlebt und schaden letztlich mehr als sie nützen. Das gilt für die CDU/CSU ebenso wie für bestimmte Kreise in der SPD.

Die Vorgänge in der hessischen SPD zeugen von einer anhaltenden Orientierungslosigkeit. Die Chance auf einen Regierungs- und Politikwechsel in Hessen ist durch den rechten Flügel der SPD torpediert worden. Erste Erfolge nach der Wahl, wie die Abschaffung der Studiengebühren, sind wieder in Frage gestellt. Mit der Fortsetzung einer neoliberalen Politik ist zu rechnen.

Die SPD ist aufgrund ihrer inneren Zerrissenheit derzeit leider kein verlässlicher Partner für einen Politikwechsel in Deutschland. Sie muss ihren Kurs klären, möglichst vor der Bundestagswahl 2009. Die Linke wird sich verstärkt außerparlamentarisch und parlamentarisch allen Versuchen, die Folgen der Krise auf den Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abzuwälzen, und dem fortschreitenden Sozialabbau entgegenstellen.